

# Die Constitution.

Tagblatt

Verantwortlicher Redacteur:  
F. Häfner.

für constitutionelles Volksleben und Belehrung.

Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redacteurs:  
M. Grigner, F. Gauh.

N<sup>o</sup> 140.

Wien, Sonntag den 10. September

1848.

Wien, Deutschland, Oesterreich und Ungarn. In Folge der bisherigen Geschichte, welche von den Regierungen gemacht und dictirt wurde, und welche nichts Anderes darstellt, als eine Reihe von Handelsverträgen zwischen Regierung und Regierung abgeschlossen zum beliebigen Umtausch der Völker, in Folge dieser Geschichte zeigt die Karte von Europa zwei Staaten, welche sie characterisiren. Zwei Staaten, Deutschland und Oesterreich sind der passendste Ausdruck, das passendste Bild für unsere Vergangenheit, für die Willenlosigkeit der Völker und für die Willkür der Regierungen, für die Rechtlosigkeit der Völker und für die Gewissenlosigkeit der Regierungen.

Deutschland, ein großes Volk eins in Sprache, in Sitte, in Character, in Tugenden und Neigungen, eins an Biederfinn und Kraft, eins an scharfem Geist und Tiefe der Forschung, eins durch seine geistigen Schöpfungen, durch seine Literatur, eins durch seine Vergangenheit, durch seine Geschichte, durch seine schönen Tage und seine traurigen Erfahrungen, eins durch seine Abstammung und eins vor Allem durch den mächtigen Zug, der die Herzen zu einander führt, Deutschland ist zerstückt und zerhackt und in unnatürliche Theile aufgelöst. Die deutschen Völker streben zu einander; die deutschen Völker wollen ein deutsches Volk sein, die deutschen Völker ringen nach Einheit, jedoch die Regierungen reißen die Völker auseinander, stellen buntscheckige Schranken zwischen sie und ganze Wälder von Bajonetten, die Regierungen widerstreben dem einigen Deutschland.

Oesterreich, eine Völkerzwinge, die mit roher Gewalt zusammenhielt, was durch sich an einander zu halten keine Tendenz hat, Oesterreich ist das Gegenstück von Deutschland. Oesterreich besteht aus Nationen, die verschieden sind an Sprache, Sitte und Gesittung, verschieden an Character und Geistesrichtung, verschieden an Tugenden und Neigungen, verschieden durch ihre Geschichte und durch ihre Geschicke, verschieden durch Abstammung und durch Alles wodurch Nationen nur verschieden sein können. Oesterreichs Völker fühlen sich, und ihr Verhältniß zu einander, und streben seit langem nach Trennung und Selbstständigkeit, und streben vergebens, weil die Regierung sie mit eiserner Kette zusammen hielt. Die Regierung hat kein Mittel versucht, die verschiedenartigen Elemente mit einander zu versöhnen, es ward ihr nicht darum zu thun, die Nationen durch ein inniges Band mit einander zu verknüpfen, die Regierung that das Gegentheil, sie hegte die Leidenschaften gegen einander, stellte sich dazwischen, wo sich ein Berührungspunkt hätte bilden können, stiftete Feindschaft und Zwietracht, wo gegenseitiges Verständniß und Einheligkeit bestand, und hielt Feindschaft und Zwietracht aufrecht, wo man nach Versöhnung und Ausgleichung trachtete. Ausschließlich durch den Druck auf alle Theile des Staates sollten diese zusammen halten, und die Nationen mußten neben einander hergehen wie Galeerensclaven an einander gekettet, welche aus den verschiedensten Welttheilen durch das Geschick zusam-

mengeführt wurden, um an demselben Staatsschiff sich zu Tode zu schleppen. Die Monarchie hat die Nationen verschlungen ohne sie verdaut, ohne sie in eine gleichförmige Masse umgewandelt zu haben. Das nannte man **österreichische Politik**. Diese Politik ward durchgeführt durch viele Jahre, und die gegenseitige Spannung wuchs mit dem äußern Gewaltdruck, der ihr entgegen wirkte; Ungarn spannte nach Osten, Italien nach Süden, Polen nach Norden, bis die Kaskette sprang und die Theile auseinander fuhren.

Ungarn, welches den übrigen Staatstheilen am schroffsten nicht etwa gegenüber stand, sondern von der Regierung mit schändlichem Plan, mit fluchwürdiger Absicht gegenüber gestellt wurde, Ungarn, welches von der Regierung gegen die übrigen Theile der Monarchie am stärksten abgetrennt erhalten wurde, weil sich dort der meiste Sinn für Freiheit regte, und weil sich dort die meiste Kraft gezeigt der Gewalt der Regierung zu widerstreben, Ungarn ist am 11. April aus dem Kreise herausgesprungen, in welchen es bis dahin hinein gebannt ward, und es fing an sich in seiner eigenen Bahn zu bewegen, nachdem ihm diese durch die Sanction des Kaisers gesetzlich angewiesen ward. Ungarn wurde ein selbstständiges Königreich unter dem Schutz Oesterreichs, und jetzt erst in innigster Verbrüderung, und deshalb im natürlichen Verbande mit Oesterreich, mit Deutschland, welches gleichzeitig wie Ungarn seine Selbstständigkeit errungen, nach seiner Freiheit und Einheit zu ringen anfing. Nach zwei Seiten hin forderten demnach die Völker der österreichischen Monarchie von ihrer Regierung Genugthuung. Da wollten die deutschen Provinzen Oesterreichs frei und deutsch sein, dort wollte Ungarn frei und selbstständig werden. Die Regierung ward hart angegriffen, viel, jedoch nur das Recht verlangten die Völker von ihr, Freiheit überall und als Garantieen ihrer Selbstständigkeit, dort engen Anschluß an Deutschland, und die Völker blieben Sieger in den ersten Schlachten. Doch die Camarilla ist nicht unthätig geblieben, und ist noch immer nicht unthätig, das was ihr an Kraft fehlt, durch Ränke und Schliche zu ersetzen. Sie scheut den offenen Kampf mit den Völkern, weil sie unterliegen müßte, aber sie führt einen Guerillakrieg, und sie unterminirt die Bollwerke der Völker, die sie nicht offen zu beschleßen wagt, sie wühlt im Verborgenen, damit ihr nicht entgegen gearbeitet werde, und Alles auf einmal zusammen stürze, was sich die Völker mühsam aufgebaut, und die ganze Summe dieser im Finstern schleichenden Bestrebungen und Anstrengungen bildet die medusen-

**hauptige Reaction.** Von diesem Medusenhaupte herab zischen unzählige Schlangen nach Deutschland hinüber, nach Italien hinab und nach Ungarn zu. Windischgrätz, Radezky und vor Allem der Schlangenbändiger Jelaſich ſitzen streichelnd um die Gorgone, spielen mit ihrem Schlangenhaar, und eine von den Schlangen zischelt halb vernehmlich: „Lieber Ban Jelaſich.“ Das ist die Geschichte von Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns Vergangenheit und Gegenwart. Ihre Zukunft ist von einan-



der abhängig, ein und derselbe Feind bedroht sie, ein Schlag muß sie beide treffen, an Ungarns Freiheit und Unabhängigkeit hängt die Freiheit und Einheit Deutschlands. Jellasiß stürmt gegen Frankfurt und Wien eben so gut wie gegen Buda-Pesth, denn ein Arm leitet ihn, und ein Geist treibt ihn nach beiden Seiten und wird den Ungarn der 11. April weggeläugnet, so ist das noch nicht der ganze Meineid der erst vollendet wird, bis man den 15. März und den 15. und 26. Mai abgeläugnet hat.

Schon war der 11. April beinahe abgeläugnet, den Ungarn hätten die Errungenschaften dieses Tages wieder abgenommen werden sollen, und wir hier mögen uns einigen und festigen an Muth und Ausdauer, um unsere März- und Maitage bis in den Tod zu verteidigen. Den Ungarn wünschen wir Kraft und Duldsamkeit, unsern deutschen Brüdern wünschen wir Nationalstolz und unbeflegbaren Freiheitsdrang, ein inniges Bündniß herrsche zwischen Buda-Pesth, Wien und Frankfurt, und Deutschland und Ungarn sind doch gerettet.

Josef Frezka.

### Oesterreich minus Ungarn.

Das souveraine Volk von Ungarn hat 48 Stunden antichambriert um eine Antwort seines Königs. Die Deputirten des souverainen Volkes von Ungarn haben gegen den versammelten ungarischen Reichstag, ihren Sender, die schwere Verantwortung auf sich genommen, sowohl den von der dringlichen Lage der Sache gebotenen Termin zur Abwartung dieser Antwort zu überschreiten, als auch die von dem versammelten Reichstage entworfene, debattirte und abgefaßte Adresse hier abzuhändeln, und die zwar gekränkte aber dennoch ergebene Sprache derselben in Beziehung auf das erstere zu modificiren. Die Deputirten haben ihre Pflicht als Menschen für das Wohl und Glück, Friede und Ruhe Ungarns und Oesterreichs gethan, während sie dieselbe in ihrer Eigenschaft als Deputirte verletzten. Gilt der Satz „Zweck adelt die Mittel“ irgendwo, so gilt er hier. Wir schreiben es mit blutendem Herzen hin, daß der Zweck nicht erreicht worden.

Den mündig gewordenen Völkern gegenüber gibt es keine Concessionen, es gibt nur Anerkennung des Rechtes, den Völkern gegenüber gibt es keine Geschenke, nur Zurückgaben; den Völkern gegenüber gibt es seit dem 13. März und der damals in 3 Tagen erwiesenen, möglichen Schnelligkeit gerecht sein zu können, keine Versprechungen, sondern nur Erfüllungen. Den Völkern gegenüber gibt es nur Wahrheit und Vertrauen, und wo statt denen, Lüge und Verrath eingeseht wird, da gibt es ein blutiges, aber doch verlorenes Spiel.

Die Zeiten sind vorüber, wo die Völker rathlos und unbekümmert um die Erfolge, vor die geweihten und geseyten Sessel traten, die man Throne nannte, und sich rathlos und unvorbereitet auf die Folgen, die fabricirten Bescheide in stupid-knechtischer Unterworfenheit vorperoriren ließen. Es ist die Zeit des Gehorsams gekommen für die Fürsten wie für die Völker, des Gehorsams der Nothwendigkeit. Wohl denen, die das donnernde Commando der Zeit nicht überhören.

Die Deputirten Ungarns, desselben Ungarns, das noch in der Nacht des 13. März und am Morgen des 27. Mai mit uns für unsere Freiheit sein Blut versprigen wollte, kamen hierher, um im Namen des Volkes ihren König in Wien zu begrüßen, um ihn einzuladen selbst wenn auch nur auf kurze Zeit, sein Versprechen nach Buda-Pesth zu kommen, erfüllen zu wollen: um aus seinem Munde zu vernehmen, ob die März-Anerkennungen in ihrer Ganzheit aufrecht erhalten würden: ob er die neuen

vom ganzen Reichstage verfaßten Gesetze sanctioniren: ob er Jellasiß von seinem rebellischen Treiben abzustehen und dem ungarischen Ministerium zu gehorchen befehlen werde.

Diese Fragen wurden nach gehöriger vorhergegangener Kenntnißnahme dahin beantwortet, daß Se. Majestät aus Gesundheitsrückichten jetzt nicht reisen könne, daß die März-Anerkennungen wohl aufrecht erhalten, die neuen Gesetze jedoch erst geprüft werden müßten, und daß Jellasiß schon durch das hiesige Ministerium instruiert werden würde.

Eine etwas absonderliche Erläuterung besonders des letzteren Punktes gibt das heute aus der Agramer Zeitung vom 7. September abgedruckte und hier in Circulation gesetzte Handbillet an den Banus Jellasiß dd. Schönbrunn 4. September, das mit den Worten beginnt: „Rein lieber Freiherr von Jellasiß!“ und durch welches das kaiserliche Manifest vom 10. Juni, (worin der Ban wegen hochverräthlichen Ungehorsams gegen die allerhöchsten Befehle sich dem ungarischen Ministerium zu unterwerfen, seiner Banawürde so wie aller militärischen Ehren enthoben und in Untersuchung erklärt wurde), wegen seiner an den Tag gelegten Pflichtgefühle und loyaler Denkungsweise, so wie seiner Verdienste um das Wohl der Gesamt-Monarchie (siehe das verheerte Südungarn) für die Aufrechthaltung der Integrität der Krone Ungarns (hört die Entschlüsse der empört abreisenden Ungarn) und für die erspriessliche Entwicklung der Verhältnisse der ungarischen Nebenländer (leset über die Parieikämpfe dorten selbst) widerrufen wird, und es von jenem Ausspruche am 10. Juni es sein Abkommen hat.

So ist Ungarn empfangen, und dieses Plakat ihm als Bescheid auf diese seine vielleicht letzte Reise aus dem Sitz ihres Königs mitgegeben worden.

Wir machen zum Schlusse auf eine merkwürdige Stelle in den hier zu wenig gekannten „Briefen an den Hof“ im 1. Briefe an die Frau Erzherzogin Sophie pag. 5 aufmerksam, sie lautet:

„Das Haus Habsburg erlitt einen gewaltigen Riß; der Riß war Ihr Werk, Frau Erzherzogin!“

Dem weder Se. Maj. der Kaiser und König wußte auf die hierüber gemachte Vorstellung etwas von dem neuen Manifeste an Jellasiß, noch der Min. Wessenberg, dessen letztes verzweifelndes Wort war: „ich weiß mir nicht mehr zu helfen, die Camarilla herrscht wieder wie früher.“

König.

### Das Ministerium der Lüge.

Als der Minister Pillerzdorf die provisorische Geschäftsordnung für den constituirenden Reichstag fest zu setzen sich erkühnte, als in seinem offiziellen Organe angedeutet wurde: für den Fall, daß der Reichstag seine Grenzen überschreitet, mußte man die Besorgniß aussprechen, es dürfte den Außerhalb seines Wirkungskreises gelegenen Beschlüssen möglicher Weise die gesetzliche Kraft abgesprochen oder Wählern ein Weg eröffnet werden, den Samen des Ungehorsams auszustreuen — da rief ganz Wien: „Verrath“ und das Ministerium Pillerzdorf hatte aufgehört.

An der Spitze derjenigen Männer, welche dem ministeriellen Machwerk gegenüber eine entsprechende Geschäftsordnung zu entwerfen sich berufen fühlten, stand Dr. Alexander Bach und die Männer Füstler und Violand zeichneten neben ihm als ihrem Gesinnungsgenossen.

Zwei Monate sind seit dieser Zeit verfloßen und das Ministerium macht die Verletzung eines heiligen Volksrechtes zur Cabinetsfrage, der Dr. Alexander Bach hat den Beschlüssen des Reichstages die gesetzliche



Kraft abgesprochen, wenn er sich nicht zur Vereinbarung statt der Constituierung herbeiließ.

Von dir Reichstag — so schrieben wir damals — erwartet die Freiheit, daß du deine Schuldigkeit thust. Und heute nach zwei Monaten sehen wir diesen Reichstag in Ministerial-Livree Lakaiendienste thun.

Der in Metternichianismus starr gewordene ergraute Bürokrat Pillerdorf hat noch weniger gesündigt, als Doblhoff, welcher sich in seinem Programm selbst als einen volksthümlichen Minister hinstellte.

Der Bürokrat Pillerdorf hat den Versuch gemacht, das Volk um die Früchte seines Freiheitsstrebens zu betrügen, der Volksmann Doblhoff hat diesen Versuch zur vollendeten Thatfache erhoben.

Es war ein schöner Tag, als Doblhoff die Tribune bestieg und die Vertreter des Volkes ersuchte, Kraft ihres Souveränitätsrechtes den Fürsten aufzufordern in seine Residenz zurückkehren. Und zwei Monate später kann jeder Beschluß dieses nun nach Mephistopheles Bach's Erklärung nicht mehr souveräner Reichstages, nur durch die nachgesuchte Genehmigung der Krone Gültigkeit erhalten.

Es war eine männliche That, als Minister Doblhoff die Adresse unterzeichnete, welche die Bürgerschaft des Ministeriums und des Reichstages für die vollkommene Ruhe, Ordnung und Sicherheit in Wien aussprach und es ist zwei Monate später eine feige Erbärmlichkeit, von republikanischen Wählereien zu sprechen.

Wir haben eine Antwort erwartet, wie sie der Interpellation des Abgeordneten Vorrosch gebührte. Statt dieser hat man uns Floskeln gegeben, aus denen lächelnde Herausforderung, greiser Pöps, und Kopflosigkeit zu jeder Zeile herausgucken. Die Antwort ist elastisch, wie das Gewissen eines Jesuiten, und doch krampfhaft gepreßt wie das Herz eines Tyrannen.

Der Minister weist Eingang jede Verdächtigung zurück. Aus welchem Grunde? Etwa weil er Minister ist. Wenn wir unsere Revolutionsgeschichte und namentlich den letzten Abschnitt durchgehen, ist dieser Grund sicher der unhaltbarste. Er habe sich nie über die Unmündigkeit des Reichstages geäußert. Es wäre auch nicht gerathen gewesen, so ganz offen die Karten aufzudecken. Diese Unmündigkeit dürfte ja als Ministergeheimniß nicht ausgeplaudert werden. Als loyales Ministerium werde es nie den Reichstag sprengen. Loyal heißt in der politischen Sprache neuester Zeit: „unbedingt dem Monarchen ergeben.“ So legen wenigstens die Leute das Wort aus, welche sich nicht mit den Spitzfindigkeiten der Kabinette abgeben, sondern plump und rauh, aber auch ehrlich und offen reden. Wenn nun den unverantwortlichen Monarchen ein unverantwortliches Gelüste ankommt, werfen die Minister, die Verantwortlichkeit über Bord, ziehen die Loyalitätsjacke an um die Befehle des Machthabers in dieser Livree unbedingt zu vollziehen. Wir haben gelesen, das Ministerium sei volksthümlich, wie kommt es, daß man heute diesen Ausdruck vermieden und die gutkaiserliche Fahne aufgepflanzt hat. Man war zu feig, um offen heraus zu sagen, daß in der Gewalt das alleinige Recht liege.

Wir verachten solche Muthlosigkeit, die sich nicht getraut, ihrer Hände Wert auch unverholen ihrer Hände Wert zu nennen. Die Loyalität des weiland volksthümlichen Ministeriums kann uns durchaus keine Beruhigung geben, da ja leicht irgend ein patriotischer General zum größten Leidwesen unserer Staatssteuerleute eine Unbesonnenheit begehen könnte. Aber die sicherste Bürgschaft, daß die Kammer nicht gesprengt wird, wenigstens von diesem Ministerium nicht, bietet uns die Kammer selbst. Das Ministerium würde sich sehr im Licht stehen, wollte es eine solche unaufsindbare Volksvertretung seines huldvollen Lächelns berauben. Wenn je

eine Kammer geeignet war, die Hoffnungen des Volkes zu täuschen, so ist es diese und eine solche braucht ein Ministerium der Lüge. Allerdings finden sich nach des Ministers leiser Anspielung einige Republikaner darunter, aber sie sind nicht gefährlich, denn die „Wohlgefinnten“ erdrücken sie. Und eben diese Unterdrückung verherrlicht ja den Sieg des Ministeriums, wenn es auf die Geseffelten höhrend niederzieht. Die sogenannten Republikaner also, wie die „Wohlgefinnten“ sind uns die genügendste Bürgschaft, daß man die Kammer nicht auflöst.

Den von Justizminister ausgesprochenen Grundsatz der Vereinbarung erkennt das Gesamtministerium als den seinigen, was uns nicht befremden kann, da es heute bereits auf nicht volksthümlich monarchischem Boden steht. Es klingt uns in den Ohren, wie wir vor kurzem noch in derselben Kammer vor dem allerdings damals souveränen Volke, ein Langes und Breites von demokratischer Basis gehört haben.

Mögen die gutmüthigen Leute, welche die politische Ehrlichkeit Doblhoff's bis zur Stunde verteidigen, diese einzige unumwundene Erklärung in der ganzen ministeriellen Freiheitsproscription doch gefälligst beherzigen. — Die Freiheit, meint der Herr Minister, „sei ein Geschenk des Kaisers.“ Darüber sind denn nun die Ansichten verschieden. Das Volk meint, es sei seine Errungenschaft, die ihm manches gefährliche Wagniß, manch edlen Sohn aus seiner Mitte gekostet hat. Folgerichtig meint der Minister, daß nur die Sanction der Krone der Verfassung volle Geltung geben werde. Folgerichtig aber meint auch das Volk, daß man ihm von seinem errungenen Rechte nicht beliebig abreißen dürfe. Das Volk hat sich souverain erklärt, der Kaiser hat nachher die Aeußerung gegeben, daß er der gleichen Meinung mit dem Volke sei. Daher kann auch von Vertrauen auf die Annahme der Verfassung keine Rede sein, denn wenn das souveraine Volk ein Grundgesetz seiner Staatseinrichtung gibt, so gilt dieß Gesetz für den Kaiser so gut wie für den letzten Staatsbürger.

Wir stehen also wieder bei der Nothwendigkeit einer Fortsetzung der Revolution. Wir haben den Beweis zu liefern, ob unsere Revolution wirklich heilsame Folgen haben soll, oder ob sie wie ein bestiebiges Orchesterstück nur eben aufgespielt worden, um aufgespielt zu sein. Wir werden durch Thaten belegen müssen, daß unsere Worte keine leeren Prahlereien gewesen sind.

Niederhuber.

## Herr Stadion.

### II.

Nachdem ich vorläufig mir die Freiheit genommen habe, einige Bedenken gegen die Behauptung des H. Stadion zu äußern, als sei dessen frühere Amtsthätigkeit von der öffentlichen Meinung durchgehends günstig beurtheilt worden, will ich mir nunmehr erlauben, wie in dem Schreiben vom 26. August enthaltenen weiteren Angaben einer näheren Beleuchtung zu unterziehen. Es ist wohl ein unerfreuliches Geschäft, einem Manne, der sich mit bestem Gewissen das Zeugniß redlich erfüllter Pflicht geben zu können glaubt, durch mißliebige Erinnerungen die beseligende Gemüthsruhe zu stören. Auch hätte füglich H. Stadion mit seinem Gewissen noch länger allein gelassen werden können, hätte er selbst sich mit dem stillen Genusse begnügt, und das heimliche Glück nicht unbedachtsam zu Markte getragen. Doch er hat es gethan, und durch diese letzte Betrachtung einigermaßen getrübt, schreite ich nun ohne weitere Abschweifung zur Sache. —

Es freut mich vor allem bezeugen zu können, daß H. Stadion die Lage der Dinge in Galizien im März l. J. nicht unrichtig aufgefaßt hat. Es standen sich allerdings zwei Parteien und zwar schroffer als seit Jahren entgegen. Die eine war die von ihm sehr treffend benannte: polnische,



die andere die büreaukratische Partei. Im Jahre 1846 hatte sich der Kampf äußerlich ganz zu Gunsten dieser letzteren entschieden. Ihre Gegnerin lag am Boden, sie aber thronte in unbestreitbarer Hoheit sicherer denn je, ihrer blutigen Beute. Da sprach Nemesis das ehrene Wort an den Gestaden der Donau: die Kette sprang und es erhob die todtgegläubte Martyrin ihr leichenblaßes Antlitz. Schauernd fuhren die schreibseligen Büttel zusammen, die Marterfeder entfiel den von Schrecken geschüttelten Händen. Wohl war vorauszusagen — und S. Stadion selbst scheint dem holden Irrthum nicht widerstanden zu haben, — daß der unerträgliche Glanz der Märzsonne halbigen von wohlthätigen Aprilwolken werde gemildert werden; es war vorauszusagen, daß die mit so vieler Mühe zu Tode geschriebene und gehegte „Partei“ in ihr wohlverbrieftes Nichts von selbst zerstäuben, und jene gedeihliche Ruhe in das Land wider heimkehren werde, welche Friedhöfen und väterlich regierten Staaten einen eigenthümlichen Reiz verleiht. Doch keines von beiden geschah. Der Hauch der Freiheit verwehete das sich häufende Gewölk, und im Lande selbst mußte S. Stadion das Unbegreifliche erleben; verjüngt und thatkräftig erstand in dem polnischen Lande die „polnische“ Partei.

S. Stadion hat es mit allen gleich großen Männern gemein, daß er im ersten Augenblicke der Ueberraschung rathlos wird. So ließ er denn manches geschehen, was er später oft genug, wenn er es auch nicht eingestehet, bereuet haben mag. Er ließ es geschehen, daß gleich auf die erste Kunde von der glorreichen Wiener Revolution die „Partei“ als solche zusammentrat, um einige ihrer dringendsten Wünsche vor den Monarchen zu bringen, der nunmehr sein Ohr seinen Völkern zugänglich gemacht hat, er ließ es zu, ungeachtet bei diesem Anlasse, förmliche Volksaufläufe und Zusammenrottungen Statt fanden; er ließ es geschehen, daß die „Partei“ unverzüglich zur Bildung einer Nationalgarde schritt, und nahm in eigener Person ihren Eid der Treue entgegen im Namen eines Königs der Polen. In S. Stadion ließ es geschehen, daß selbst außer der Hauptstadt und zwar im ganzen Lande Tausende von der „Partei“ auftraten, welche ihre Unterschriften der Lemberger Petition beifügten, auch Anträge auf Bildung von Nationalgarden, auf Pressfreiheit so wie andere maßlose Uebergriffe sich zu Schulden kommen ließen. Doch wer wird es dem „Organe der Regierung“ verübeln, daß es im ersten Erglühen für die vom Volke errungene Freiheit selbst das Wohl des Landes einigermassen außer Acht gelassen. Gesah es doch nur für einen kleinen, einen gar flüchtigen Augenblick. Als nemlich in Folge oberwähnter Vorgänge die „Partei“ eine Stellung eingenommen hat, von der nur ein „Befangener“ behaupten konnte, daß sie ihr gebühre, und nicht allein von freien, sondern gar von nationalen Institutionen laut zu träumen begann, als dadurch die Ruhe der „Unbefangenen“ im höchsten Grade gefährdet, und diese, nemlich die andern der beiden „Parteien“ einer augenscheinlichen Verkürzung ihrer Machtvollkommenheit ausgesetzt wurde, da ermannte sich S. Stadion und Niemand, selbst ein „Befangener“ kann ihm das Zeugniß versagen, daß er seither Unglaubliches geleistet, um das Unterliegen der Büreaukratie in Galizien zu verhindern. Mit Recht wird wohl einstens die Weltgeschichte verkünden, daß *victrix causa diis placuit, sed victa Stadioni.*

Ich fürchte der Bescheidenheit des S. Stadion zu nahe zu treten, wenn ich im Verlaufe dieser Erzählung einen Umstand verschweige, welcher auf die gerechte Beurtheilung jener Wirksamkeit, auf die er mit Stolz zurückblickt, ein Streiflicht zu werfen geeignet ist.

Gleich dem unsterblichen Gesetzgeber der unsterblichen Roma ward auch dem Gouverneur von Galizien eine Egerie zu Theil. Die Egerien des XIX. Jahrhunderts sind Hof- und Subernalräthe, und bewohnen, zumal in

nördlichen Ländern nicht vorsündfluthige Spelunken, sondern die Bureau's der Numen, haben jedoch mit allen Nymphen eine gewisse Verschämtheit, und die Herrschaft über allerhand geheime Mächte gemein. Welcher Antheil nun an der Paterschaft der in März, April und Mai ins Leben getretenen h. Erlässen, Verfügungen, Proklamen und Maßnahmen dem Pompilius und welcher Egerien gebührt, kann füglich dem holden Paare zur Ermittlung überlassen bleiben: ich kann nunmehr mit dem Bewußtsein nichts unterlassen zu haben, was S. Stadion zufrieden stellen könnte, den Faden meiner Erzählung wieder aufnehmen.

Wie gesagt, nicht sobald hatte S. Stadion den Entschluß gefaßt, treu auszuharren, bei einer Sache, gegen welche sich die ganze Welt außer China und Lobomerien verschworen zu haben schien; als auch alles ins Werk gesetzt wurde, um dem gefaßten Entschlusse Nachdruck zu geben. Eines nur von all den kostbaren Gütern, die Censur war unwiederbringlich verloren; hingegen wurde der freie Aufenthalt der Bürger außer ihrem Wohnorte verpönt, Versammlungen derselben untersagt, der weiteren Bildung der Nationalgarde baldmöglichst Einhalt gethan, und Versuche dennoch eine zu bilden, mit Gewalt vereitelt, wie in Stanislawow, wobei der damalige Subernalrath Graf Leo Thun seine erste Bürgerkrone verdient hat. Der Bildung von Vereinen wurde auf alle mögliche Art vorgebeugt, und nachdem sich dennoch einer gebildet, sich freie Reden zu halten, ja sogar den Gouverneur zu verklagen vermaß, wurde ein gewaltfamer Sprengungsversuch unternommen, der nur an der Verstocktheit der Mitglieder und der Haltung der Partei gescheitert. Ein Trauergottesdienst für zwei im Jahre 1847 gehängte Verschwörer wurde mit Waffengewalt verhindert und die zu diesem Behufe aufgebauten Altäre mittelst Grenadierkolben zerstört; das Militär wurde durch alle mögliche Mittel von jeder freundlichen Berührung mit der „Partei“ freigehalten, zu jeder andern hingegen kräftigst aufgemuntert; Deputationen endlich, welche Beschwerden und Abhilfsgesuche z. B. über öffentliche Polizeimorde wie des seligen Hoszonski und ähnliche Vorgänge vorzubringen hatten, bald mit heiterem Scherze bald mit amtsstrenger Entrüstung, jedenfalls unverrichteter Dinge abgefertigt — mit einem Worte nicht das geringste wurde vernachlässigt, was der „Partei“ die Ueberzeugung beizubringen geeignet war, daß all ihr Trachten vergebens, daß alles, was in Wien gestürzt worden, in Galizien ewig zu bestehen, was in Wien verflucht wurde, in Galizien anzubethen sei, daß endlich von dem verjüngten Oesterreich für die mit ihm verbrüdereten Völker nicht mehr als von dem im März zu Grabe getragenen, gehofft werden durfte. Leider ist in dieser letzteren Hinsicht die Verblendung der „Partei“ grenzenlos, daher das Bestreben des S. Stadion nicht mit dem erwünschten Erfolge gekrönt wurde, den er zum Besten der Monarchie zu erzielen suchte. —

Während auf diese Art die Stellung dem Feinde, das heißt den Polen in Polen gegenüber, mit jedem Tage vortheilhafter wurde, haben diese, sage die „Partei“, einen Streich vorbereitet, der die Errungenschaften der Jahre 1846 und 1847 hätte zu nichte machen können. Ich komme hier auf ein Thema, über welches bereits auch in der Reichsversammlung der Kawa ein leises Tremolo und der S. Finanzminister ein breites Recitativ zum Besten gegeben haben. Es ist die beabsichtigt gewesene Robotaufhebung in Galizien. Als nemlich so manche Fessel gefallen war, und die Unterthänigkeit so wie alle persönlichen Leistungen mit der neuen Ordnung der Dinge völlig unvereinbar erschienen, beschloß die „Partei“ — und es ist bekannt, daß die galizischen Grundherrschaften fast durchgehends zu derselben gehören, da nur sehr wenige Ausländer sich im Lande angekauft hatten — sie beschloß die Robot alsogleich aufzuheben mit dem Vorbehalte, daß die



definitive Regelung der damit verwandten Verhältnisse der künftigen Legislatur anheimgestellt bleibe. — Einige Grundherrn führten die Maßregel unverweilt aus, andere verabredeten es unter sich, das große Werk kreisweise und gleichzeitig zu vollbringen, und zwar die Einen am Auferstehungstage des Herrn, die Andern am 3. Mai, als einem glorreichen Erinnerungstage aus jener Zeit, wo die „Partei“ im Lande noch die herrschende war. Sie gingen offenbar von der unhaltbaren Voraussetzung aus, daß ihnen das Recht über ihr Eigenthum unbedingt gebäre, während es doch klar am Tage lag, daß dieses Recht in Bezug auf das Eigenthum der galizischen Grundherrn ausschließlich der Familie Stadion gehörte, wie schon durch die vorhergehenden Regulierungsversuche hinlänglich dargethan worden ist.

Wenn aber die Ausführung jenes Beschlusses nicht rechtzeitig verhindert worden wäre, so konnte es leicht geschehen, daß das Landvoht auch dort, wo es bereits durch die k. k. Behörden hinlänglich darüber aufgeklärt zu sein schien, doch den eingeflochtenen Groll aufgab und dem ehemaligen Gutsherrn die Hand zur Versöhnung reichte, und es war überhaupt nicht zu übersehen, daß — die politischen Folgen mochten wie immer ausfallen — jeder Anlaß zu Zwist und Haber, somit zu Ueberbürdungs- und anderen Beschwerden, also auch zu unausgesetzten Einschießen der Kreisämter hinwegfallen, daß diese hindurch zum großen Theile entbehrlich und hiemit der guten Sache der größte Nachtheil zugefügt worden wäre. Doch sie wurde gerettet; sie wurde es durch Stadion und Willersdorf im Bunde.

Vor allem galt es nur, Zeit zu gewinnen. Zu diesem Ende wurde das Kreis Schreiben vom 5. April erlassen, welches gleichsam im Interesse der schon früher durch die Stadionischen sogenannten Regulirungen und jetzt aufs neue in ihrem Rechte angegriffenen Hypothekargläubiger dem weiteren Fortgange der Robotaufhebung Gehalt zu thun bestimmt war. Doch es erfüllte nur zum Theile seinen Zweck.

Am 22. April gelang es endlich aus Anlaß eines a. h. Patentes vom 17. April, wodurch die Robot aufgehoben wurde, nachdem Gutsherrn in verschiedenen Theilen des Landes erklärt haben, ihren Unterthanen die Robotschuldigkeit unentgeltlich erlassen zu wollen, auch Sr. Majestät im Namen der Güterbesitzer Bitten um Aufhebung derselben überreicht worden sind — das merkwürdige Kreis Schreiben J. 34563 ergeben zu lassen, worin in genialer Kürze mit Uebergehung oben angeführter kaiserlicher Worte das Aufhören der unterthänigen Leistungen verfügt und eine durch die Kreiscommissäre an die Unterthanen zu haltende Anrede vorgeschrieben wurde, des Inhalts, daß durch diese Verordnung das im Jahre 1846 den galizischen Bauern gemachte Versprechen nunmehr gelöst worden ist. —

Durch dieses Manöver, namentlich die klug berechnete Verschweigung des a. h. Patents wurde die Hauptschlacht gewonnen; was die Bureaokratie an Anlässen zu Aufgehereien u. s. w. verlor, wurde reichlich aufgewogen durch den moralischen Eindruck, welcher sie dem betrogenen Bauer als einzige Wohltäterin erscheinen ließ, und die segensreiche Begriffsverwirrung über Eigenthumsrecht im Allgemeinen wieder bis auf den erwünschten Grad gesteigert. Und als zum Schluß durch ein Kreis Schreiben vom 18. Mai allen Gemeindevorständen der „ausdrückliche Befehl erteilt wurde, jeden, der es sich begeben ließe, die Regierungsbehörden und ihre Organe öffentlich zu schmähen, ohne weiteres festzunehmen und an das Kreisamt abzustellen“, wurde die Souveränität des Beamtenhums auf die höchste Stufe der Omnipotenz erhoben und daselbe gegenüber der „Partei“ so wie allen constitutionellen Wählern in

eine so vortheilhafte Stellung versetzt, daß selbst jenen wenigen Bureaokraten, welche Herr Stadion als die einzigen im Lande mit seiner Verwaltung Unzufriedenen bezeichnet, nichts übrig blieb, als sich in den Staub zu werfen und die Riemen seiner Schuhe zu küssen. Wie Herr Stadion nach kurzer Rast sein Bewußtsein redlich erfüllter Pflicht bis in die Tyroler Alpen getragen, und nur durch die Ereignisse vom 26. Mai verhindert wurde, auch die anderen Völker Oesterreichs durch gleiche Pflichterfüllung zu beglücken, dieß ist wohl Jedermann, selbst Hn. Gleisbach bekannt. Nachdem aber durch obige Auseinandersetzung die beiden ersten Hauptpunkte in Herrn Stadions Schreiben hinlänglich erläutert zu sein scheinen, bleibt nur noch übrig, auch dessen dritte Behauptung rücksichtlich der ruthenischen Frage mit wenigen Worten zu berühren.

Es freut mich wenigstens, bei diesem letzten Punkte die aufrichtige Erklärung abgeben zu können, daß ich mit Herrn Stadion vollkommen übereinstimme. Ich gestehe, daß ich ebensowenig als Herr Stadion selbst zu glauben vermag, es könne ein Einzelner, zumal ein Fremder, in einer so kurzen Zeit, als Herrn Stadions galizische Amtsverwaltung dauerte, eine Nationalität zu wahren, thatkräftigen Leben erwecken. Da übrigens einem k. k. Beamten nie zugemuthet werden konnte, mit den Sitten oder gar der Geschichte der Polen und Ruthenen vertraut zu sein, so will ich mich enthalten, auf Herrn Stadions dießfälliges Referat näher einzugehen. Mit dem Bewußtsein, auch seinem schließlichen Verlangen nach Kräften entsprochen zu haben, lege ich die Feder aus der geübten Hand. —

**Bereinigte Staaten von Deutschland.** Frankfurt. In diesem Augenblicke ist es entschieden, ob die deutsche Centralgewalt eine Gewalt ohne Centrum und ohne Gewalt sein soll — ein Spielzeug, das man dem nach Einheit schreitenden Michel zur augenblicklichen Beschwichtigung hingeworfen — oder ob sie wirklich und in Wahrheit das Eine ungetrennte souveräne Volk der Deutschen repräsentiren, und die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlungsvollziehen kann, und will, und soll, und muß!

In der 70sten Sitzung der Nationalversammlung trat Heckscher auf und erklärte, es scheine als habe Preußen seine Vollmacht bei Abschließung des Waffenstillstandes mit Dänemark überschritten und der Fall dürfe sich für eine weitere Berathung eignen.

Das ganze Haus ist in einer furchtbaren Aufregung — es ist ein Wendepunkt in den Geschicken des deutschen Volkes.

Das Mann interpellirt das Ministerium und dürfte heute zum Theile die Scharte wieder ausgewegt haben, die er der deutschen Einheit geschlagen, als er „der Feuerfarbe der Entschlieung“ über die Centralgewalt — die Blässe einer achtunddreißigmaligen Vereinbarung angekränkelt. Seine Interpellation bezog sich auf folgende Punkte:

Ist's begründet, daß die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein aufgehoben, welche von Deutschland anerkannt worden war, und welche einen Bevollmächtigten bei der deutschen Central-Gewalt hatte? Ist's begründet, daß Graf Moltke, auf dem der Haß und die Anklage von ganz Schleswig-Holstein ruht, an der Spitze der neuen Regierung stehen soll? Sollen die schleswiger Truppen von den Holsteinern getrennt werden und somit auch die zwei Herzogthümer? Ist der Waffenstillstand in der für die deutschen Waffen gelegentlichsten Jahreszeit, um Dänemark zu einem vortheilhaften Frieden zu zwingen, geschlossen? Wir haben hier beschloffen, die Ehre Deutschlands zu wahren, die Ehre Deutschlands! (Ungeheures Bravo.)

Es wird nun der Antrag gestellt, die Nationalversammlung wolle diesem Waffenstillstand ihre Genehmigung versagen. Schmerling empfiehlt Besonnenheit und Ruhe.

Venedey. Die Ehre dieses Parlaments verlangt Kühnheit und schnellen Beschluß, schon schwindet das Vertrauen zu dem Parlament. Ein König kann nicht für uns allein verhandeln. Wagen Sie und beschließen Sie schnell! — Die



beiden Ausschüsse für völkewirtschaftliche Verhältnisse und für die Centralgewalt, sollen Bericht über diese Angelegenheit erstatten.

Der Antrag Wigard's und Blums: Die National-Versammlung solle die Central-Gewalt beauftragen, die Zurückziehung der Truppen zu sistiren, ist abgelehnt.

Der Antrag von Wais, daß der Bericht binnen 24 Stunden erstattet und darüber berathen werde, wird angenommen. Schluß der Sitzung um 12 Uhr.

Die Aufregung und Bewegung begleitet die Mitglieder bis nach Hause, sie reden und gesticuliren heftig weiter durch die Straßen.

Zu der 71. Sitzung der Nationalversammlung erstattet der Ausschuß Bericht. Die Majorität hat gegen den Waffenstillstand gestimmt. Die Minorität war der Ansicht, daß erst nach ruhiger Prüfung ein Beschluß gefaßt werden solle. Das Ministerium tritt dieser Ansicht bei — und macht sie zur Tagesfrage.

Simon v. Teler: der Waffenstillstand wird erst gütlich durch die Genehmigung dieser hohen Versammlung. Die Ausführung des Stillstandes muß sogleich sistirt werden, es vertragen sich diese Bedingungen nicht mit der Ehre Deutschlands. Wir dürfen uns nicht scheu und irre machen lassen, durch wen es sei, selbst nicht durch die Drohungen Englands, Frankreichs und Russlands. Eine große Erhebung würde durch Deutschland entstehen, Mann an Mann würde für unser Recht kämpfen. Oesterreich wird uns nicht hindernd in den Weg treten.

Das Volk in Preußen ist überall durch und durch deutsch. Die Reaction der Aristokratie vermag nichts. Sollte Preußen mittermörderisch seine Hand erheben gegen die Einheit Deutschlands, das Volk in Preußen würde diese Illusion bald auflösen. Das preussische Ministerium kümmert uns nicht, die Ehre Deutschlands steht uns höher als die eines Ministeriums. Wir müssen an uns selbst glauben, damit das Volk an uns gläube. Die Stunde der Entscheidung ist da, mögen ihr die Männer nicht fehlen. Keine Rücksicht als die Ehre Deutschlands. (Bravo.)

In den ersten Tagen der Revolution — sagt er weiter — hörten wir überall vom Recht der Nationalitäten, jetzt ist es aber schon vergessen. Die Italiener will man mit Gewalt unterm Joch erhalten, und die Schleswiger will man nicht zu uns herüber ziehen. — Die Feinde der Einheit in Preußen sind auch die Feinde der Freiheit. Wenn Preußen aufhört Deutsch zu sein, dann hören wir Deutsche auf Preußen zu sein. (Großer Beifall.)

Lichnowski will Beweise haben, daß der Waffenstillstand eine Schmach sei!!

Schmerling: das Ministerium macht das Minoritätsverachten zu dem seinigen und wenn der Antrag der Majorität des Ausschusses angenommen wird, dann tritt das gesammte Ministerium zurück.

**Der Antrag der Majorität wird angenommen, und das Ministerium ist gestürzt!**

Dahlmann ist beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden.

Die Punkte, in denen die preussische Regierung die Vollmacht der Centralgewalt überschritten, sind folgende:

1) Es war bestimmt worden, daß die Verordnungen und Maßregeln der provisorischen Regierung gültig bleiben sollten; 2) das schleswig-holsteinische Militär sollte ungetrennt beisammen bleiben; 3) die Mitglieder der neuen provisorischen Regierung sollten nicht von beiden Parteien gewählt, sondern es sollte über die Personen eine gemeinschaftliche Vereinbarung getroffen werden.

Berlin, 5. Sept. Die Aufregung über die Weigerung des Ministeriums, den bekannten Beschluß der Nationalversammlung auszuführen — steigert sich immer mehr; alle Clubs und Vereine haben bereits energisch protestirt; den Aufruf der „Berliner Reform“ haben wir bereits gestern gegeben; die Zeitungshalle läßt mit Riesentlettern zu Anfang ihres Blattes den Ausspruch Waldels setzen:

„Wenn dieser Beschluß nicht ausgeführt wird, so können wir hier nicht mit Ehren auch nur Eine Minute länger sitzen bleiben.“

Die Nationalzeitung ebenfalls mit auffallender Schrift: „Das Ministerium hat einem Beschluß der Nationalversammlung vom 9. August, der den Officieren der Armee eine loyale Stellung im Volke geben soll, die Vollziehung versagt. Es ist das höchste

**Interesse des Volkes, seinen Vertretern in diesem kritischen Augenblicke mit aller Kraft zur Seite zu stehen.“**

Der Volksclub hat folgende Adresse an die verfassunggebende Versammlung ergehen lassen: „Vertreter des Volkes! In Eurem Beschlusse vom 9. Aug. habt Ihr die unabweißliche Pflicht erfüllt, die preussische Armee auf den Standpunkt zu stellen, auf welchem sie allein in einem freien Volke existiren darf. Das Ministerium hat es gewagt, Eurem Gebote zu trotzen, und übermorgen ist der Tag, wo es sich zeigen soll, wer Herr im Hause ist: sieben beliebige Männer, oder: die Vertreter des Volkes. — Wir wissen, daß Ihr den Platz kennt, auf dem Ihr übermorgen werdet stehen müssen, wir aber versichern Euch: rechnet auf uns für jedes Mittel, das nöthig werden wird, um den Beschlüssen der Volkvertreter Achtung zu verschaffen vor dem Starrsinn willkürlicher Beamten-seelen! — Auf der einen Seite Ihr mit der Macht eines belebigen Volkes; auf der andern: 7 Minister, laßt sehen, wer zuletzt auf dem Platze bleibt! Berlin, den 5. Sept. 1848. Der Volks-Club.“

Auch in der Bürgerwehr regt sich ein thatkräftiger Geist. Sämmtliche Führer des 7. Bataillons begaben sich als Deputation desselben Bataillons zum Obercommandanten Rimpler, um demselben zu erklären: 1) daß das Bataillon gewillt sei, bei einem etwa ausbrechenden Conflict zwischen der Regierung und dem Volke, die Rechte des Volkes mit aller Kraft zu verteidigen; 2) das Kommando zu ersuchen, diese Erklärung des 7. Bataillons zur Kenntniß der sämmtlichen Bürgerwehr durch einen schnellig anzuordnenden Appell zu bringen; 3) im Falle die Majorität der Bürgerwehr diese Erklärung zu der ihrigen macht, die Nationalversammlung hiervon schnelligst in Kenntniß zu setzen. —

Ebenso circulirt in allen Compagnien der Bürgerwehr folgende Adresse, die sich rasch mit Unterschriften bedeckt. „Hohe Nationalversammlung! Das Staatsministerium hat in der Sitzung vom 4. d. verweigert, einen Beschluß, welchen eine Hohe Nationalversammlung bereits am 9. August in Betreff eines Erlasses an die Officiere der Armee gefaßt hat, auszuführen. Mit gerechtem Erstaunen und Bedauern haben wir diese Weigerung vernommen. Die Abgeordneten sind die einzigen und alleinigen Vertreter des Volkes. Wir können dem Ministerium nimmermehr das Recht zugestehen, dem Willen des Volkes entgegenzutreten. Wir erklären daher, daß wir durch die in der Sitzung v. 4. d. M. ausgesprochene Weigerung des Ministeriums die Ehre und Würde der Nationalversammlung für bedroht erachten, und dieselbe in ihren Beschlüssen mit allen unseren Kräften schützen und aufrecht erhalten werden. Berlin, den 5. September 1848.“

Der demokratische Bürgerwehverein hat folgendes Mißtrauensvotum an den Commandeur der Bürgerwehr. Herrn Rimpler, durch Maueranschlag veröffentlicht:

„Herr Commandeur! Als die Bürgerwehr Berlins Ihnen das ehrenvolle und schwierige Amt übertrug, Führer eines Instituts zu sein, welches berufen ist, die errungene Freiheit nach allen Seiten hin zu schützen und zu wahren, da glaubte Jeder, Sie würden Ihre Aufgabe erkennend, selbst über Punkte, die noch durch kein definitives Gesetz bestimmt sind, in dem Geiste der jungen Freiheit entscheiden. Ihr neuliches Verfahren bei der nächstlichen Untersuchung in dem Lokale des Handwerkervereins — dieses Attentat auf das bei allen freien Völkern geheiligte Hausrecht, diese würdige Fortsetzung der alten Volkswirtschaft, die wir gestürzt glaubten — hat uns eines andern belehrt, hat uns gezeigt, daß Sie die Aufgabe der Bürgerwehr und Ihre eigene entweder nicht richtig beurtheilen wollen oder können. Der demokratische Bürgerwehverein fühlt sich aus diesen Gründen veranlaßt, Ihnen Angesichts der öffentlichen Meinung zu erklären: daß Sie Ihnen bisher geschenkte Vertrauen nicht mehr besitzen.“

Die Grundsätze, welche Sie selber ausgesprochen, lassen uns hoffen, daß Sie ohne Vertrauen nicht ein Amt werden verwalten wollen, zu dem Sie durch Vertrauen allein berufen worden sind. Berlin, den 3. September 1848. Der demokratische Bürgerwehverein.“

Neben diesen Manifestationen der öffentlichen Meinung wird das schwarz-weiße Widderwerk lustig weiter betrieben; Edgar Bauer wird steckbrieflich verfolgt, fühlt sich aber nichts desto weniger ganz sicher in Berlin.

Herr Held ist in der Untersuchungsangelegenheit über die vereinbarten Vorfälle vom 21. als Zeuge vorgeladen worden, er erklärte aber in einem Briefe



an den Staatsanwalt, daß er nicht erscheinen werde — er sei am 21. gar nicht zugegen gewesen, der Staatsanwalt würde jede Aussage, die von ihm ausginge, zur Verdächtigung benutzen — und andererseits müsse man befürchten, wenn man als Zeuge vorgeladen sei, als Schuldiger verhaftet zu werden, wie dies schon vorgekommen.

— An allen Straßenecken prangt jetzt als bittere Ironie auf die heutigen Zustände, ein neuer Abdruck des berühmten Ausrufs des Königs von Preußen: „an meine lieben Berliner,“ der am Morgen des 19. März nach den „Mißverständnissen“ veröffentlicht wurde.

Der Volks-Club und der Verein für Volksrechte haben in Gemeinschaft folgenden Ausruf anschlagen lassen:

„Volk von Berlin! Die National-Versammlung hat am 9. August beschlossen, das Ministerium solle die Officiere auffordern, sich aller reactionären Bestrebungen zu enthalten, und denselben zur Ehrensache machen, falls sie dies nicht mit ihrer Ueberzeugung vereinigen können, aus der Armee auszuscheiden. Als am 4. d. M. der Abgeordnete Stein den Antrag stellte, diesen Beschluß zu vollziehen, hat es das Ministerium bestimmt verweigert. Volk von Berlin! Die Revolution ist von Seiten der Regierung anerkannt; sie jetzt verläugnen, heißt aufs Neue die Revolution prebigen, die Anarchie herbeiführen. Das ist es, was das Ministerium gethan, indem es einem Beschlusse, welchen die National-Versammlung in ihrer Majorität gefaßt hat, die Ausführung zu verweigern wagt. Ein solches Ministerium hat sein weiteres Bestehen unmöglich gemacht, es hat das Recht seiner Existenz verwirkt. Hat das Ministerium dennoch die Stirn, sich ferner behaupten zu wollen, wagt es die Krone, noch fernerhin ein solches Ministerium zu halten, dann bleibt den Vertretern des Volkes nichts mehr übrig, als ihre Siege in einer Kammer zu verlassen, in welcher ihnen das Recht, die wahren Interessen, die Freiheit des Volkes zu vertreten, thatsächlich abgesprochen und so die Erfüllung ihrer heiligsten Pflichten unmöglich gemacht wird. Wir sind der festen Ueberzeugung, die Vertreter der Nation werden wissen, was die Pflicht gegen das Volk, was ihre eigene Ehre ihnen zu thun gebietet. Sie wissen, daß die Augen des preußischen, des ganzen deutschen Volkes in diesem Augenblick auf sie gerichtet sind; sie wissen, daß dieses Volk bereit ist, mit Gut und Blut für seine Freiheiten einzustehen; und durch das Bewußtsein ihrer Einheit mit dem Volke gestärkt, werden sie die Gewaltstreichs einer Regierung zu vernichten wissen, welche darauf ausgeht, einen Zustand wieder herbeizuführen, dessen Frucht die Revolution gewesen ist und unfehlbar wieder werden müsse. Der Volks-Club. Der Verein für Volksrechte.“

(Sitzung der verfassunggebenden Versammlung vom 7. September) Der Sitzungssaal ist nicht allein von innen überfüllt, sondern auch außen ist zahlreiches Volk versammelt. Wir geben das Wesentlichste dieser außerordentlich wichtigen Sitzung in gedrängtem Auszuge nach der „Berliner Z. S.“ An der Tagesordnung ist der Stein'sche Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen, daß es die dringende Pflicht des Staatsministeriums sei, die Beschlüsse der verfassunggebenden Versammlung (vom 9. August) in Ausführung zu bringen.“

Diese Beschlüsse sind folgende: Der zum Beschlusse erhobene Stein'sche Antrag vom 9. August: „Der Hr. Kriegsminister möge in einem Erlaß an die Armee sich dahin aussprechen, daß die Officiere allen reactionären Bestrebungen fern bleiben, nicht nur Conflicte jeglicher Art mit dem Civil vermeiden, sondern durch Annäherung an die Bürger und Vereinnigung mit denselben zeigen mögen, daß sie mit Aufrichtigkeit und Hingebung an der Verwirklichung eines constitutionellen Rechtszustandes mitarbeiten wollen.“ Ingleichen der von dem Abg. Schulz (aus Wangleben) beantragte Zusatz: es möge in dem Erlaße denjenigen Officieren, mit deren polit. Ueberzeugung dies nicht vereinbar ist, zur Ehrenpflicht gemacht werden, aus der Armee auszutreten.“

Ministerpräsident Auerwald hält nun eine ministeriell-salbungsvolle Rede — die Versammlung will sich aber nicht daran erbauen. Schulz (von Wangleben) sagt in seiner Rede für den Antrag: „Nicht die Armee ist reactionär, nur ein kleiner Theil ist es, in dem sich die Reaction concentrirt. Hochgestellte Officiere haben sich für ein Prätorianer-Regiment ausgesprochen, in der Schrift eines hohen Militärbeamten, über welche der Stab gebrochen sei, heißt es: nicht in den constitutenden Versammlungen zu Berlin oder Frankfurt sei die Säule des Staates, sondern einzig in der Armee. Wenden wir den Blick nach Frankreich,

wo dieser Grundsatz jetzt zur Verwirklichung gekommen und wir werden zurückbeben. — Durch unsern Beschluß wollen wir Niemand einen Gewissenszwang auferlegen, wollen wir nicht die Disciplin verletzen, aber wir wollen den eisernen blinden Gehorsam in einen freien aus Ueberzeugung hervorgegangenen verwandeln. Wir müssen auf der unverfürgten Vollziehung unserer Beschlüsse bestehen; denn wir sind die Vertreter des souveränen Volkes. Die Minister wollen auf Umwegen unserem Willen nachkommen, aber wir wollen keine Umwege. Wir sind dem Volke selbst verantwortlich für das was wir beschließen. Die Weigerung der Minister greift in das heiligste Recht ein, sie anticipirt der Krone ein Veto, welches wir ihr noch nicht eingeräumt haben. Sanctioniren Sie nicht diesen ersten und entscheidendsten Schritt zur Contrerevolution, dulden Sie es nicht, daß die Ehre der Versammlung auf solche Weise geschändet werde, auf uns schaut Preußen, Deutschland, Europa. Wir müssen einfach ohne Amendement bei dem Stehen bleiben, was wir beschlossen: Aufrechterhaltung unserer Beschlüsse ohne Phrase.“

Le mme: „Meine Herren! Wir befinden uns in einem Falle, dessen äußere Umrisse sehr einfach sind, der aber dennoch viel Eigenthümliches darbietet, und in constitutionellen Staaten unerhört ist. Ich meine nicht jene Constitutionen, die bis vor wenigen Wochen unter der Kanone des Absolutismus bestanden. Die Sache ist einfach. Wir fassen einen Beschluß, das Ministerium weigert sich, ihn zu vollziehen. Das Eigenthümliche beruht aber in Folgendem. Wenn in anderen constitutionellen Ländern ein Ministerium es nicht mit seinem Gewissen vereinigen kann, die Beschlüsse der Volksvertreter zu vollziehen, so stehen ihm dann 2 Wege offen, es tritt entweder ab, oder es löst die Versammlung auf, mit deren Willen es nicht im Einklange steht, es appellirt durch neue Wahlen an das Volk. Aber eine constituirte Versammlung kann nicht bloß „schwerlich,“ sie kann — niemals aufgelöst werden. Was hat nun das Ministerium gethan? Es ist geblieben, es provocirt die Revolution. Das Ministerium hat noch mehr gethan, es verlangt von uns, daß wir unsere Beschlüsse zurücknehmen sollen. Kommen wir diesem Ansinnen nach, so erklären wir dadurch, daß unser Wille nicht der des Volkes sei, oder das Ministerium beweist uns, daß der Wille des Volkes der Regierung gegenüber verschwindet. Es ist eine große Ungeschicklichkeit und Verblendung von dem Ministerium, es glaubt, wenn es auch heute die Majorität, so habe es alles gewonnen; nein, meine Herren, es hat den Willen der Nationalversammlung und der ganzen Nation doch gegen sich. Ich für meine Person erkläre, wenn der Stein'sche Antrag nicht angenommen wird, so kann ich mit Ehren in dieser Versammlung nicht bleiben; meine sämmtlichen Freunde in der Kammer sind zu einem gleichen Schritte entschlossen.“

Minister Hanse mann macht mit ungeheurem Pathos auf die Folgen aufmerksam, welche das Beharren auf dieser Kleinigkeit nach sich ziehen kann. Das Bestehen des Landes, das Bestehen Berlins sei an diese Frage geknüpft und Preußens Stern werde untergehen, wenn die Versammlung den Beschluß festhalte.

D'Estier: Die Minister haben ihre Pflicht verletzt und müssen deshalb abtreten. Die principielle und die persönlich Frage sind hier eng mit einander verwebt. Die verrottete Montesquieu'sche Staatsweisheit möchte man noch gerne bei uns einpflanzen, und weiß nicht, daß sie längst verborrt ist. Man spricht so viel von constitutioneller Theilung der Gewalten. Haben wir denn schon eine Constitution? Diese Versammlung ist ja eine constituirte, wir wissen ja noch gar nicht, wie das Resultat ausfallen wird. Die Reaction ist vorhanden, trotz Hrn. v. Loe glaube ich an dies Gespenst. — Minister Wilde: Heut muß es sich entscheiden, ob diese Versammlung ein Convent sein will oder ob sie noch eine Gewalt neben sich anerkennt; die Annahme des Schulz'schen Amendements ist nur durch eine Art Ueberumpelung geschehen. — D'Estier: Wollen etwa die Minister die Souveränität in Anspruch nehmen? — Parisius beantragt den Schluß. Wir haben Worte genug gesprochen; jetzt müssen Thaten geschehen. Abstimmungen sind Thaten.

Abgeordneter Stein als Antragssteller: Man hat sich nach einer sechsständigen Debatte nun überzeugt, daß zu seinem Antrage eigentlich keine Amendements, sondern nur neue Anträge gestellt werden können. Es ist vielfach durchgesprochen, daß der Antrag keine Inquisition, keinen Gewissenszwang enthalten, noch viel weniger sei es die Absicht, dem Ministerium den Wortlaut des



Erlaßes zu dictiren. Wenn die Minister nur irgend constitutionelles Gefühl gehabt hätten, so würden sie schon vor 4 Wochen gesagt haben: wir können nicht, wir überlassen es einer andern Regierung. Habe man denn nicht die furchtbare Nichtachtung gefühlt, daß man diese Versammlung, die Vertreter von 16 Millionen Menschen nicht einmal einer Antwort gewürdigt hat. Er stimme darin dem Minister des Innern vollständig bei, er wolle keinen Absolutismus, weder von einem, noch von 400, aber am allerwenigsten von 8 Ministern, deren Souveränität sich hier zwischen die des Volkes und des Königs dränge. — Von mehreren Abgeordneten wird sowohl für den Antrag, als für die Amendements Namenaufruf verlangt, und fast einstimmig angenommen.

Es wird nun zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Abgeordneten Stein mit einer Majorität von 67 Stimmen angenommen. Endloser Jubel, sagt die Berl. Z. S., wogt in dem Sitzungssaal und außen. Das Volk hat vor der Singakademie Spalier gebildet und bringt der Linken, dem Centrum, den einzelnen Mitgliedern: Stein, Elsner, Reichensbach u. c. donnernde Hochs, die nicht enden zu wollen scheinen.

Diese erste Schlacht ist also geschlagen, der Sieg erkämpft. Es lebe das souveräne Volk! — 6 Uhr. Der Abgeordnete Stein wird von der Volksmenge im Triumphe bis nach dem Opernplatz getragen, dort spannt das Volk von einem zufällig dastehenden Wagen die Pferde ab, hebt den Gefelerten in den Wagen, und zieht ihn jauchzend und jubelnd durch die Straßen.

Neueren eingelaufenen Nachrichten zufolge, haben sämtliche Minister ihre Entlassung genommen.

(Fortsetzung der vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen, die zwar nie in Erfüllung gehen werden, so lange noch ein Fünkchen von Ehre in deutscher Männer Brust lebt, aber für unsere Nachkommen ein merkwürdiges Atteststück bleiben als Beweis, wie man in gottesnädigem Sinne deutsche Ehre und deutsches Interesse gewahrt haben thäte.) Art. 6. Die beiden Herzogthümer, so wie die dazu gehörigen Inseln, sollen sowohl von den dänischen Truppen, wie von denen des deutschen Bundes, in dem Zeitraum von 12 Tagen, nachdem die betreffende Ordre den Befehlshabern zugekommen sein wird, geräumt werden. Jedoch soll es dem deutschen Bunde, wie Sr. Majestät dem Könige von Dänemark gestattet sein, die für den deutschen Bund in der Stadt Altona, so wie auf andern Punkten der beiden Herzogthümer, und für Sr. Majestät den König von Dänemark auf der Insel Alsen sich befindenden Hospitäler und Militärdepots von Abtheilungen resp. deutscher Bundes- und dänischer Truppen bewachen zu lassen, welche sowohl für den einen, wie für den andern der beiden Theile die Anzahl von 2000 (zweitausend) Mann nicht überschreiten sollen. Die aus dem Herzogthume Schleswig gebürtigen Soldaten, welche sich gegenwärtig im Militärdienste in den Herzogthümern befinden, sollen, in besondere Abtheilungen formirt, im Herzogthum Schleswig stationirt werden. Diese Abtheilungen sollen, zum Zwecke der Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe, unter die Befehle der in Gemäßheit des folgenden Artikels einzusetzenden Regierungsbehörde gestellt werden, welcher letzteren es zusteht, zur Erleichterung des Landes diejenigen Officiere und Soldaten in ihre Heimat zu entlassen, welche als für den Dienst nicht nöthig erachtet werden. Die im Herzogthum Holstein zu stationirende Militärmacht soll aus der gegenwärtigen Kopfzahl der regulären Truppen dieses Herzogthums bestehen, welche einen Theil der deutschen Bundesarmee ausmachen. Diese holsteinischen Truppen werden zur Verfügung der Regierung der beiden Herzogthümer gestellt, dürfen aber nur in Folge einer Verständigung zwischen der Regierung der Herzogthümer und dem Oberbefehlshaber der deutschen Bundesarmee vermindert werden.

(Fortsetzung folgt.)

**Witbürger!**

Der demokratische Verein ladet die freisinnigen Vereine Wiens zu einer Versammlung im Odeon ein, um daselbst gemeinschaftlich die wichtigen Begebenheiten des Tages zu besprechen. Die Debatten finden heute den 10. September um 3 Uhr Nachmittags statt, und nach Eröffnung derselben wird zur Vermeidung jeder Störung der Saal geschlossen, somit der Eintritt verweigert. Das Publikum, welches die Verhandlungen zu hören wünscht, hat Zutritt in den Gallerien.

Die geehrten Körperschaften, welche vom demokratischen Vereine zu obigen Zwecke freundlichst eingeladen werden, sind:

- der liberale Verein an der Wien;
- der liberale Verein auf der Landstraße;
- der Arbeiterverein in der Josephstadt;
- der Arbeiterverein „Concordia“;
- der Handwerkerverein;
- der Verein der deutschen Frauen;
- der Verein der Deutschen in Oesterreich;
- der deutschkatholische Verein;
- der Verein „die deutsche Flagge“; —

und werden ersucht, sich in ihren Vereinslokalen zu versammeln und pünktlich um halb 3 Uhr einzutreffen, damit die bestimmten Ordner mit gehöriger Zweckmäßigkeit die Leitung führen können. Die Mitglieder der eingeladenen Vereine belieben ihre Karten vorzuzeigen.

Unter Einem zeigt der demokratische Verein an, daß seine nächste Montagssitzung bloß eine Plenarversammlung seiner Mitglieder zur Besprechung administrativer Angelegenheiten und namentlich einiger Artikel der Statuten sein wird, daher für nächsten Montag nur wirkliche Mitglieder Zutritt erhalten, und möglichst zahlreich zu erscheinen aufgefördert werden.

Wien, den 9. Sept. 1848.

Der Wiener demokratische Verein.

Die Herren Mitglieder des Vereines zur Wahrung der Volksrechte werden eingeladen Montags den 11. September 1848 zu einer Plenarversammlung im Sträußelsaale, Josephstädter Theatergebäude um 5 Uhr Nachmittags zu erscheinen. Die Herren Mitglieder wollen sich beim Eintritt in die obere Saalhälfte mit ihren früheren Auschusskarten legitimiren.

Dem Publikum ist die zweite Hälfte des Saales sowie der Neben-saal geöffnet

Wessely, Vorfiger.

Gestern Vormittags war an der Wohnung der „Geißel“ (Zuchtauben) eine schwarzgelbe Fahne aufgesteckt. Es sammelten sich Gruppen unter den Fenstern und die Aufregung wuchs mit jedem Augenblick — bis Jemand hinaufstieg und die Fahne hinwegnahm.

**Börsenbericht vom 9. September 1848.**

Metall-Obligat. zu 5% . . . . .	78 3/4	Anlehen vom Jahre 1834 . . . . .	128	Esterhazy Lose à 20 fl. . . . .	22	Glognitzer Actien . . . . .	93
„ „ „ 4% . . . . .	65	„ „ „ 1839 . . . . .	85 1/2	Waldstein'sche Lose . . . . .	19	Pesther . . . . .	63
„ „ „ 3% . . . . .	48	Esterhazy Lose à 40 fl. . . . .	51	Nordbahn-Actien . . . . .	104	Gmundner . . . . .	168
Bank-Actien . . . . .	1070	Windischgrätz Lose . . . . .	18	Mailänder . . . . .	71	Dampfschiff . . . . .	455

Man pränumerirt in Wien im Jakobshof Nr. 796 mit 4 fl. G. W. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redactions-Bureau, Koflmart Nr. 260, 2. Stod.

Gedruckt bei Franz Eblen von Schmid.